

genug M., um keine Diplomaten in die Lage zu versetzen, Besprechungen auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu beginnen. England habe keine aggressiven Absichten. Herr Chamberlain darf diese verständliche These von der Gleichberechtigung nicht dazu verleiten, zu meinen, daß man daraus eine militärische Gleichung unter den Mächten machen müsse. Wenn wir sagen, wir verstehen es, daß England besonders stark zur See sein muß, dann können wir erwarten, daß man in England erkennt, daß die geographische Lage Deutschlands inmitten Europas eine besondere militärische Kraft zu Land erfordert und bedingt.

Chamberlain hat dann jenes Wort gesprochen, das seiner realpolitischen Einstellung ein besonders gutes Zeugnis ausstellt: „Deutschland, geographisch gesehen, muß die beherrschende wirtschaftliche Stellung im südöstlichen Europa haben.“ England denke nicht daran, Deutschland den Weg dorthin zu versperrern. Wenn Chamberlain das englische Volk von dieser Notwendigkeit überzeugt, dann ist der Friede wirklich stabilisiert. Der Kaiser Oben steht in diesem Konzert der Einsicht eine wirklich jammervolle Rolle, und Mr. Greenwoods hocherfüllter Muthausbruch, „die Diktaturen müssen vernichtet werden“ wollen wir nur als ein Geschrei der Ohnmacht registrieren. Herr Chamberlain hat viele Leute damit ausgereizt, daß er sagte, im autoritären System liege man das eigene Volk nicht zu beschützen. England weiß, daß eine fruchtbare deutsch-englische Zusammenarbeit nur auf gegenseitigem Vertrauen ruhen kann. Die Voraussetzung dafür ist, daß die Minister Greenwoods von ihrer Fiktion kurtiert werden.

Die Entscheidung über die ungarisch-tschechische Grenzregelung, die in Wien getroffen ist, und die Deutschland und Italien als Schiedsrichter gesehen hat, ist nicht nur eine geographisch-ethnographische Lösung; sie ist darüber hinaus ein weiterer wesentlicher Schritt zur Beilegung dieses Raumes und zur Einleitung einer neuen Politik enger Zusammenarbeit. Hier hat sich nicht nur die Achte Berlin-Rom als Friedensinstrument bewährt, sondern hier ist jene Stabilisierung Mittel-Europas weiter gefördert worden, die uns hoffen läßt, daß auf dem Grundbaß von Volkstum und völkischer Gerechtigkeit das neue Europa sich fortentwickelt und verwirklicht.

Spank weist Hehligen zurück.

DNB Brüssel, 4. November.

Im belgischen Abgeordnetenhaus wandte sich Ministerpräsident Spaak gegen die von den Gegnern der Unabhängigkeitspolitik wiederholt aufgestellte Behauptung, daß zu Ausgang September der deutsche Geschäftsträger bei der belgischen Regierung vorstellig geworden sei, um bestimmte militärische Maßnahmen Belgiens an der Südgrenze zu fordern.

Spaak erklärte, daß die Behauptungen hierüber, die in der Debatte vom Sprecher der Kommunistischen Partei wiederholt worden waren, in allen Stücken frei erfunden seien.

Die Maßnahmen, die Frankreich an der Südgrenze Belgiens getroffen habe, seien von der belgischen Regierung nicht als Angriffsbewegungen angesehen worden. Die militärischen Maßnahmen, die Belgien damals verfügt habe, seien nur getroffen worden, um die Unversehrtheit des belgischen Bodens nach allen Seiten hin zu sichern und um damit den Verpflichtungen, die Belgien gegenüber allen seinen Nachbarn auf sich genommen habe, nachzukommen. Zum Schluß wandte sich Spaak gegen die Behauptung, die von belgischer Seite wieder über die angebliche Gefährdung des belgischen Kongos in die Öffentlichkeit getragen worden ist.

„Noch ein weiter Weg.“

Japan rechnet mit einem langen Krieg.

DNB Schanghai, 4. November.

Nach meiner Ankunft in Sanktau bin ich mir mehr denn je der Tatsache bewußt geworden, daß es noch ein weiter Weg bis zur Beendigung der Feindseligkeiten ist, so erklärte General Hata, der Oberkommandierende der japanischen Mittelkassarmee. Der Verlust Sanktaus sei zwar ein schwerer Schlag für Japan, aber es dürfe nicht angenommen werden — so führte der General noch aus —, daß die Eroberung der Städte ein entscheidender Grund zur Beendigung der Feindseligkeiten sei. In Schanghai lebten die Japaner ungehindert, die fünfzigtausend Soldaten der Kantingregierung.

Daladier an der Arbeit.

Die Vorbereitung der Notverordnungen.

(1) Paris, 4. November.

Wie Havas meldet, verläuft in unterrichteten Kreisen, daß Ministerpräsident Daladier sich völlig seiner Aufgabe widme, die finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit Frankreichs vorzunehmen. Er habe sich in seine Privatwohnung zurückgezogen, um nicht gestört zu werden. Die Ansicht des Ministerpräsidenten bezüglich der Notwendigkeit, durch Anwendung „liberaler Methoden“ die schwierige Aufgabe zu einem guten Ende zu führen, habe sich nicht geändert. Wie Daladier vor dem Parlament und den unabhängigen Ausschüssen erklärt habe, bleibe er nach wie vor entschlossen, jede Defizitkontrolle oder irgend ein Zwangsprogramm abzulehnen.

In zukünftigen Kreisen betont man weiter, daß Daladier entgegen anderslautenden Gerüchten und entgegen den Vorwürfen, er habe keine genügend klaren Richtlinien formuliert oder er habe in der Ausarbeitung der Gesetzesverordnungen geögert — seit langer Zeit einen Aktionsplan aufgestellt habe, dessen Orientierung keine Veränderung erfahren habe. Die Aufstellungen des Finanzministers Reynaud stimmten in ihrer Gesamtheit mit denen Daladiers überein. Man glaube im übrigen, daß die Notverordnungen noch vor dem 15. November veröffentlicht werden würden. In der nächsten Woche werde der Wortlaut der Notverordnungen vom Kabinett geprüft und nach endgültiger Formulierung wahrscheinlich dem Staatspräsidenten in einem Ministerkabinet zur Unterschrift vorgelegt werden. An gut unterrichteten Kreisen vertritt man, daß Daladier keineswegs die Mäßigkeit habe, eine Verlängerung der Sondervollmachten zu verlangen. Die Einberufung des Parlaments werde, wie alljährlich, wohl erst dann erfolgen, wenn der Finanzausschuß der

Japanische Seeres- und Marinekräfte haben, wie der Seeresbericht meldet, jetzt bereits die Hälfte des Weges zwischen Sanktau und Port-Hau den Vangste entlang zurückgelegt. Sie befehlen Kiyau, das etwa 100 Kilometer stromaufwärts von Sanktau liegt, ferner

Französisch-englische Ueberprüfung der Lage nach München.

Dier Fragen im Vordergrund: Aussichten eines Viermächte-Paktes, Rückgabe der deutschen Kolonien, spanischer Bürgerkrieg und Zukunft des Völkerbundes.

Chamberlain und Halifax besuchen Paris.

London, 5. November.

Ministerpräsident Chamberlain und Minister des Auswärtigen Lord Halifax haben eine Einladung der französischen Regierung, Paris vom 23. bis 25. November einen Besuch abzugeben, angenommen. Sie werden bei ihrem Besuch von Mrs. Chamberlain und Lady Halifax begleitet sein.

Die Londoner Blätter nehmen ausnahmslos an, daß die englischen Staatsmänner gemeinsam die Fragen der europäischen Politik nach München prüfen wollen, und vermuten, daß die Gespräche sich in erster Linie um vier Fragenkomplexe drehen würden, nämlich die Aussichten eines Viermächte-Paktes, die Rückgabe von Kolonien an Deutschland, den spanischen Bürgerkrieg und, wie das zum Teil auch zum Ausdruck gebracht wird, die Zukunft des Völkerbundes.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt zu diesem Punkt beispielsweise, daß die Spekulationen in gewissen Kreisen über die Möglichkeit neuer Gespräche zwischen England und Deutschland mehr und mehr den Eindruck einer nachlassenden englisch-französischen Zusammenarbeit hervorgehoben haben könnten. Nichts sei aber fälschlicher als das, die englisch-französische Zusammenarbeit mit Frankreich bleibe ein wesentlicher Bestandteil der britischen Außenpolitik.

Der diplomatische Korrespondent der „Times“ schreibt darüber hinaus, daß die Tatsache, daß Mrs. Chamberlain und Lady Halifax mit nach Paris eingeladen seien, andeute, daß es sich in erster Linie um einen Höflichkeitsschritt und nicht um einen politischen Handel handle. Es würde jedoch absurd sein, anzunehmen zu wollen, daß keine politischen Gespräche, seien sie auch nur informeller Art, geführt werden würden. In London habe man in den vergangenen Wochen klar erkannt, daß die Dynamik der tschechischen Krise und die Unterzeichnung des Münchener Abkommens einen Wendepunkt in den Beziehungen Englands zu dem Rest von Europa bedeuten. Weiterhin mußte das Ende des französischen Bündnisses mit der Tschecho-Slowakei den Wechsel für Frankreich so gar, nach entscheidender machen. Die Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich habe sicher nichts an Bedeutung verloren, und man habe in London bemerkt, daß die französische Regierung den gleichen Wunsch zum Ausdruck gebracht habe wie die britische Regierung, zu einem Abkommen mit Deutschland und Italien zu gelangen. Nach Ansicht vieler offizieller Beobachter sei die Politik, die seit dem Vertrag von Versailles von den verschiedenen französischen Regierungen Deutschland gegenüber verfolgt worden sei, einer radikalen Revision unterworfen worden, wenn nicht überhaupt beendet worden. Man frage sich nun, welches jetzt die Rolle Frankreichs in Europa sein werde und auf welchem Weg die Zusammenarbeit mit England gefördert werden soll.

Pariser Erwartungen.

(1) Paris, 5. November.

Wie Havas aus ausländischen Kreisen erfährt, habe die Reise Chamberlains und Lord Halifax nach Paris lediglich den Charakter einer neuerlichen Befestigung der französisch-englischen Freundschaft. Diese Bedeutung werde noch durch die Tatsache der Gegenwart der

wurde Puchli an der Kanton-Sanktau-Bahn, etwa 150 Kilometer südlich von Wuchang, eingenommen. Eine weitere japanische Truppenabteilung hat Tschungshan, ungefähr 40 Kilometer westlich von Puchli, in Besitz genommen.

Gattinnen der beiden Staatsmänner verläßt. Die französische Regierung habe vor einigen Tagen als Folge der Reisen, die Ministerpräsident Daladier und Außenminister Bonnet im Laufe des Monats September nach London unternommen haben, den englischen Außenminister von dem Wunsch unterrichtet, den englischen Ministerpräsidenten und den Außenminister in Paris empfangen zu können. Außenminister Bonnet habe über den englischen Botschafter in Paris angefragt, welcher Zeitpunkt den beiden englischen Staatsmännern für den Besuch am besten gelegen sei.

Die heutige Morgenpresse erwartet, daß bei dem Besuch mehr oder weniger alle schwebenden Fragen der internationalen Politik und Wirtschaft zwischen den französischen und englischen Staatsmännern zur Sprache kommen werden. Die Mehrzahl der Blätter rechnet ganz besonders damit, daß die Kolonialfrage im Verlaufe dieser Besprechungen einen bevorzugten Platz einnehmen werde. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß diese englisch-französische Fühlungnahme nicht nur eine erneute Befestigung der Solidarität zwischen Paris und London darstellen werde, sondern daß sie gewissermaßen eine

Zwanzig Jahre Benesch-Politik müssen liquidiert werden.

Sitzung des Prager Gesamtkabinetts

DNB Prag, 5. November.

In Prag fand am Freitag nachmittag eine Sitzung des Gesamtkabinetts statt, an der auch der slowakische Ministerpräsident Tiso und der tschechisch-ukrainische Ministerpräsident Woloschin teilnahmen. Dabei wurde hauptsächlich die Lage des Staates nach dem Wiener Schiedsspruch geprüft.

Außenminister Chvalovský erstattete Bericht über seine Wiener Verhandlungen. Die „Narodny Listy“ melden hierzu, der Minister habe die völlige Uebereinstimmung der drei Regierungen festgestellt. Einmütig sei die Flükterpropaganda verurteilt worden, die den Außenminister mit der Verantwortung für die Abtretung der Gebiete im Osten der Republik belasten wolle. Dr. Chvalovský habe, so schreibt das Blatt, die schwere und unabweisbare Aufgabe gehabt, 20 Jahre Benesch-Politik liquidieren zu müssen.

Innere Neuordnung und Aufbauarbeit in der Tschecho-Slowakei.

DNB Prag, 5. November.

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, hat der Ministerpräsident, der am Freitag in Prag unter Teilnahme des tschechisch-ukrainischen Ministerpräsidenten Woloschin und einiger slowakischer Minister stattfand, die vollständig einmütige Auffassung der Regierungen der Länder festgestellt. Die drei föderierten Länder werden alle ihre Kräfte daransetzen, um nach der Festlegung der Grenzen nunmehr mit der Aufbauarbeit und der inneren Neuordnung zu beginnen.

Was die tschechisch-ukrainische Frage betrifft, wird sich der Vorführende der tschechisch-ukrainischen Regierung, Woloschin, am heutigen Sonnabend im Flugzeug nach Ljodor begeben, um hier im Einvernehmen mit der Prager Regierung und den zuständigen tschechischen Militär- und Zivilbehörden die Evaluierung der zu räumenden Städte und Gebiete durchzuführen.

Außenminister Chvalovský erstattete ein ausführliches Referat über den Wiener Schiedsspruch und die Abtretungen an Ungarn. Ferner handelte auf der Tagesordnung des Ministerkabinetts die bevorstehende große Investitionsarbeiten, vor allem die Autokarte und wichtige Eisenbahnbauten wie die Anlage eines zweiten Gleises zwischen Tschinow und Deutsch-Brod, durch das eine kürzere, nur über tschechisches Gebiet führende Schnellzugverbindung zwischen Prag und Brünn erreicht werden soll. Der Ministerpräsident befragte sich ferner mit der bevorstehenden Präsidentenwahl und den Möglichkeiten einer Regierungsabstimmung.

Wie das Tschecho-Slowakische Pressbüro meldet, hat der Ministerpräsident in seiner Sitzung am Freitag ferner den Entwurf einer Verfassung des unabhängigen Ausschusses der Nationalversammlung über die Einführung des Rechtsfahrers auf öffentlichen Straßen und Wegen genehmigt. Diese Regelung soll ab 1. Mai 1939 auf dem ganzen Gebiet

Postbote niedergeschossen und beraubt

Warschau, 5. November.

In der Nähe von Brzezany in Ostgalizien, wo unlängst ein Ueberfall auf ein Postamt verübt worden war, überfielen jetzt vier Personen einen Postboten. Der Beamte wurde niedergeschossen und der Briefkasten beraubt, während die Geldsummen unberührt blieben.

Amerikanisches Tendenzurteil aufgehoben.

Sechs Mitglieder des Amerika-Deutschen Volksbundes freigesprochen.

New York, 5. November.

Das Brooklyn Appellationsgericht gab am Freitag der Berufung der sechs in der ersten Instanz zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilten Leiter des Sommerkamps „Siegride“ des Amerika-Deutschen Volksbundes in Yaphant, Long Island, statt. Die Mitglieder des Bundes waren mit der Begründung verurteilt worden, der Volksbund verlange von den Mitgliedern die Ablegung eines Geheimnisses und sei daher nach den Gesetzen des Staates New York meldepflichtig. Das Berufungsgericht entschied jetzt, daß

Koordinierung der englischen und der französischen Ziele und Ansichten bei internationalen Verhandlungen bezwecke.

Der Außenpolitiker des „Petit Parisien“ schreibt, die Septemberereignisse, besonders das Münchener Abkommen, hätten in Europa eine neue Lage geschaffen, durch die eine ganze Reihe höchst wichtiger diplomatischer Probleme aufgeworfen werde, nämlich die Annäherung zwischen der Achte Berlin-Rom und der französisch-englischen Entente, die Verbesserung der französisch-deutschen und der französisch-italienischen Beziehungen, die endgültige Liquidierung der spanischen Angelegenheit, die Schaffung eines modus vivendi mit Italien im Mittelmeer und schließlich der Versuch einer Mächtezusammenarbeit zur Lösung aller störenden Fragen und zur Ausarbeitung der Grundlagen für eine unerlässliche wirtschaftliche Zusammenarbeit.

„Sour“ spricht von einer Freundschafts- und Geschäftsfreundschaft der englischen Staatsmänner. Alle Probleme, die sich aus den französisch-italienischen, den französisch-spanischen und den französisch-deutschen Beziehungen ergeben, müßten in vollem Einvernehmen zwischen Frankreich und England gelöst werden. Auch das tschecho-slowakische Problem müsse liquidiert werden. Der Londoner Berichterstatter des „Sour“ meint, England könne, da es mit Rom bereits einen Vertrag geschlossen habe, mit „diskreten Interventionen“ die französisch-italienischen Verhandlungen sehr wesentlich erleichtern. Daher müsse auch über Frankreichs und Englands Beziehungen zu Italien gesprochen werden.

„Journal“ glaubt, daß neben dem bereits vorerwähnten Problem auch die arabische Frage aufgeworfen werde, die sowohl England als auch Frankreich vor äußerst schwierige Probleme stelle. Schließlich habe auch die von Japan aufgeworfene asiatische Monroe-Doktrin neue Probleme geschaffen.

Der Londoner Berichterstatter des „Sour“ schreibt, in gewissen Kreisen erkläre man, Chamberlain werde zusammen mit den französischen Ministern die Kolonialfrage prüfen.

Energische Maßnahmen der Slowakei gegen das Judentum.

Massenabschub über die Grenze. — Boykottbewegung

DNB Preßburg, 4. November.

Nachdem in den letzten Wochen die Erbitterung der slowakischen Bevölkerung über die Staats- und Wirtschaftspolitik der Tschecho-Slowakei immer größerer Ausmaße angenommen hatte, ergriß heute die slowakische Regierung die ersten Maßnahmen gegen die Juden.

In Preßburg wurde eine Anzahl von Juden, die sich in ihrer feindseligen Haltung und in ihren unaufrichtigen Geschäfts- und Finanzpraktiken besonders bemerkbar gemacht hatten, aus ihren Wohnungen geholt und in Schutzhaft genommen. Weiter wurden einige tausend zugewanderte Juden verhaftet, um über die slowakische Grenze nach Ungarn abgeschoben zu werden.

Bei der hundertjährigen Bevölkerung haben diese Maßnahmen große Befriedigung hervorgerufen. Für die wachsende Erbitterung der Bevölkerung gegen das Judentum ist der Umstand bezeichnend, daß Aufklärungsschriften über die Juden nicht nur bei den tschechen, sondern auch bei der slowakischen Bevölkerung reichenden Absatz fanden.

In den Straßen von Preßburg sieht man heute zum ersten Mal Geschäfte, die als arische Unternehmen besonders gekennzeichnet sind. Getragen von der Hinta-Garde, macht sich bereits eine Boykottbewegung gegen jüdische Geschäfte geltend.

Abrechnung gefordert.

Eine halbe Milliarde Tschekenkronen für Emigrantenblätter.

DNB Prag, 5. November.

Das „Rechtsblatt „Narodny Noviny“ verlangt eine genaue Rechnungslegung über die Verwendung des Agitationsfonds der Presseabteilung des Außenministeriums, die bekanntlich ganz in Händen der tschechischen Linien war.

Für diesen Fonds sei in den 20 Jahren der Benesch-Politik etwa eine halbe Milliarde Tschekenkronen bereitgestellt worden. Aus ihm habe man die Emigrantenblätter finanziert sowie zahlreiche Informationsblätter, Stipendien und regelmäßige Unterhaltungen aufkommen lassen. Es wäre angezeit, so schreibt das Blatt, wenn der frühere Chef der Presseabteilung, Josef, im Obersten Kontrollamt Rechenschaft über die verwendeten Beträge ablegen würde.

feine Meldepflicht vorliege, da es sich nicht um einen Eid, sondern um eine freiwillige Verpflichtung handle. Die von den Verurteilten erhobenen Strafen in Höhe von insgesamt 13500 Dollar müßten zurückgezahlt werden. Das Urteil der ersten Instanz wurde jetzt in weitestem Maße als eine unfaire, rein politische Entscheidung empfunden, zumal 21 Entlassungszeugen nur ein einziger Belastungszeuge der Staatsanwaltschaft gegenübergestellt hatte.

Entführt und dann verbrannt, weil das Lösegeld ausblieb.

New York, 5. November.

Mit der gemeldeten Verhaftung einer dreißigjährigen Verbrecherin hat die New Yorker Polizei tatsächlich den vermuteten Gang gemacht. Die Vernehmung hat bestätigt, daß eine der gefährlichsten Wörberorganisationen, die New York in Schrecken versetzen, ins Garn gegangen ist. Im Verhör haben die drei Verbrecher bereits ein Geständnis abgelegt, drei Personen gewalttätig entführt und einen Bankunternehmer aus White Plains 14 Tage nach der Entführung im Keller einer New Yorker Loge verbrannt zu haben, weil das Lösegeld nicht gezahlt wurde. Die Polizei nimmt an, daß die Bande noch weitere, bisher noch unaufgeklärte Verbrechen auf dem Gewissen hat.

Bei Sodbrennen **Mullerich-Salz** jetzt Röhre 18 Pf.

araffen" schreibt,
as Münchener Ab-
neue Lage ge-
Reihe höchst-
robleme aufge-
regung zwischen
englischen Enten-
den und der fran-
endgültige Liqui-
die Schaffung eines
meer und schließlich
zeit zur Lösung aller
ng der Grundlagen
usammenarbeit.

ndchafts- und
n Staatsmänn-
den französisch-deut-
vollem Einverneh-
gelöst werden. Auch
liquidiert werden.
Sour" meint, Eng-
einen Vertrag ge-
entworfene" die fran-
wesentlich erleich-
eichs und Englands
den.

berichts vorerwäh-
Frage aufgewor-
auch Frankreich vor-
schließlich habe auch
he Monroe-Doktrin

„Gigaro" schreibt,
überlain werde zu-
stern die Kolonial-

ik

son internationalen
kommen mit Deutsch-
n ungehörten Gang
Gebiete ermöglicht,
Deutschland über
iter an Eisenbahn-

der Slowakei
ntum.

Boysottbewegung
rg, 4. November.

Die Erbitterung der
Staats- und Wirt-
nmer größere Aus-
eute die Slowakei
en gegen die

die Anzahl von
ischen Haltung und
Finanzpraktiken Ge-
s ihren Wohnungen
nommen. Weiter
e erste Juden
he Grenze nach Un-

erung haben diese
ng hervorgerufen.
Bevölkerung gegen
eignend, daß Auf-
sticht nur bei der
stischen Bevölkerung

echt man heute zum
Unternehmen befo-
n der Hinten-Garde,
ung gegen jüdische

fordert.

pentronen für
ter.

5. November.

er verlangt eine
erwendung des
teilung des Augen-
n Händen der jüdi-
Nahren der Benefi-
arde Tischchen
s ihm habe man
nangiert sowie
ndent" und regel-

da es sich nicht um
urteilen erheben
gesamt 13 500
t werden. Das
t jeder in weitesten
itische Entscheidung
en nur ein einziges
ast gegenübergehan-

brannt, weil
blieb.

5. November.

einer dreitägigen
Sollte tatsächlich
nung hat bestätigt.
Wörterorgan
reden verheißt, ins-
ör haben die drei
gelegt, drei Per-
einen Bau-
emporter Loge
eigentlich nicht ge-
h die Bande nach
eliebene Worte auf

Stadt Bocholt.

Sonntag, den 6. November 1938.

Heimweh.*

Wann ist es wie von Borkel wunne,
An meine Heimat dant ich jede Nacht.
All morgens mit mir was die Sonne,
De Dagg für Dagg of immer Borkel laht.
Un schied id upp ut wilde Dröhme,
Wien Sinn dät ganz upp Borkel haohn,
Id dröhm van Buss un Dänneböhmie
Un mugg furts noch Borkel gaohn!

Dat Kaathus blev mej unvergäten,
Worwimmer hoog 'n aolden Kerstern lid,
Worupp as Kind id all eläten
Un hadde dor ne gooden Deumerbid.
De Mo mät ihre grähne Bieken
Un wott mej alles finkt geidit,
Dat mugg id alles gän bejsten,
Wor domoals id as Kind elidit!

Ganz gaoh id upp in düsse Tieden,
Wort Sundaggs man in witte Klumpen leep,
Un Schälmanns Klose hör'n id liden,
Wäut fröh tum Roopen un Berloopen reep.
Un düsse Tieden, de id nömmie,
Dagst grad so wiet as unse Ho -
Id dant an Hus in mine Dröhme,
Un Borkel is tum Giepen noch!

Wien Wägg dät mej naohst „Mährbrod" länken,
Dän „Saot" un „Totet" ligg noch immer dor,
Id muut an Korte, minere Seher, dänken,
Watt he uns lähren, dat blev ewig wöhr.
Nou schied id upp ut düsse Dröhme,
Wien Sinn dät ganz upp Borkel haohn,
Id dröhm van Hus un Bäcköhme
Un mugg furts noch Borkel gaohn!

Heinrich Leiting, Bocholt.

Die Bocholter in Amerika, die uns mitteilen, daß
der jüngste von ihnen, Heinz Feigemaier, sich
mit einer Amerikanerin verlobt hat, lassen ihre alte
Seimait herzlich grüßen.

Heute Plakonzert

auf dem Markt-Platz.

Wie bereits am Samstagmittag von 17 bis 18
Uhr so findet auch heute (Sonntag) mittags von 12 bis
13 Uhr auf dem Markt-Platz aus Anlaß der 2.
Reichsstraßenkammerung für das WSW ein Plakonzert
statt, das von der Standardkapelle der SW
geboten wird.

Das letzte Geleit.

So, Gestern wurde der Oberfeldzer des Deutschen
Kreuzes, Zweigstelle Bocholt, Gerhard Ell-
ring, der nach kurzer Krankheit in der Wille der
Erbgänger gestorben ist, zu Grabe getragen. Der Be-
erdigung ging in der Friedhofshalle eine stille Trauer-
feier voraus. Die männliche und weibliche Beisetz-
ung hielten die Ehrenwache. Insbesondere gaben die
Berufskameraden, eine Abordnung des Deutschen Roten
Kreuzes, Zweigstelle Bocholt, Vertreter der Feuerwehr
sowie Freunde aus nah und fern dem allzu früh Ver-
storbenen das Ehrengeläut. Die rege Beteiligung war
ein Beweis des Dankes für die Hilfsbereitschaft; aber
auch die Kranzpenden gaben Kunde von der Beliebtheit,
deren der Verstorbene sich erfreute.

Einige Minuten vorher wurde der auf der Ding-
börner Landstraße verunglückte Weber Johann Kelling
aus Bienenhorst zu Grabe getragen. Die rege Betei-
ligung gab Kunde von dem tiefen Mitgefühl, das man
den Hinterbliebenen entgegenbringt. Möge er ruhen
im Frieden!

Arbeitsjubilare werden geehrt.

S Herr Johann Bidding, der kürzlich sein gol-
denes Arbeitsjubiläum bei der Firma Krentrop
u. Co. begehen konnte, sowie Herrn Wilhelm Gerner,
der bei der Firma J. u. A. Temming sein silbernes
Arbeitsjubiläum beging, wurden heute seitens der
Niederrhein. Industrie- und Handelskammer Duisburg-
Wesel die Ehrenurkunden der Kammer verliehen.

Die Krone des Alters.

S Herr Gerhard Harmeling (Dinsperloer
Straße 159) kann am heutigen Sonntag seinen 88. Ge-
burtstag begehen. Er ist noch verhältnismäßig ge-
löst. Möge dem alten Herrn weiterhin ein sorgenfreier
Lebensabend beschieden sein.

Die Kreisbauernschaft Borken

gibt folgendes bekannt: Zu den vor einigen Tagen in
dieser Zeitung genannten Firmen, die Weizen an
die Plaktschleifer abführen, wird noch die Firma
Josef Beder (Belen) genannt.

Martinsabend naht!

Schmückt die Häuser mit Lampen!

Wenn die Dämmerung früher in den Abend fällt,
schwere Nebelschäden die sonst so bunte Welt in ein
blaues Grau tauchen, dann ist das Martinsfest nahe.
Nach uraltem Brauch zündet die Jugend ihm zu Ehren
Lichter an und zieht herum, Gaben heischend. — In
Bocholt ist dieser Brauch bis heute lebendig geblieben
und findet seine Verwirklichung in dem großen Lichter-
zug am Donnerstag, dem 10. November. Alljährlich
erwarten die Kinder dieses Ereignis mit großer Freude.
Im Vorunterricht der Schulen oder mit Hilfe eines
Linderlebens findet der Kinderzug seinen Ausgangspunkt.
Die kleinen Rucksäcke werden mit den einfachen Gaben
des Volkes, sein Sinn für Humor und sein Gesinnung
bringen und Könige, Räuber und Bettler, Ritter und
Kammerlinge und alle Gestalten der deutschen Sage er-
leben in diesem Zuge ihre Auferstehung. Selbst eine
verheißene Hezeln, fortritte Burgenmännchen, Klobige
Wichte und sonstige Altweiden hängen, hüpfen, trappeln
und schürren im Zuge mit ihren leuchtenden Köpfen,
Mäusen, wackeln mit ihren erleuchteten Köpfen, grinsen
mit glühenden Augen und Zähnen, machen unveränd-
liche Verbeugungen, drehen und wenden sich nach allen
Seiten, haken in einer unermüdeten und alleits förmlichen Be-
wegung. Welch ein Bild wird dieser Lichterzug werden!
Es ist in jedem Jahre dasselbe zu beobachten: nicht nur
den Kindern, sondern auch den Erwachsenen geht eine
oft schon so lange verklärte Märchenwelt wieder auf.
Es ist die Selbstschau der deutschen Seele in ihrer fein-
sten und innerlichsten Gestalt.

So soll es am Donnerstag wieder werden. Und des-
halb sollen die Anlieger der Straßen, durch die der Zug
zieht, ihre Fenster mit bunten Lampen schmücken; die
Kinder aber sollen fleißig lächeln und singen:
Säntje Martijns Vögeltje!

Größere Verkehrssicherheit!

fast 90000 Radfahrer verunglückten im vergangenen Jahr. — Verstärkter
Schutz für das Millionenheer der Radler durch die Einführung des
Tretstrahlers.

Jeder 4. Deutsche ein Radfahrer!

Für einen sehr großen Teil unserer deutschen Volkge-
nosien, vor allem auch in Bocholt, ist das Fahrrad ein
unentbehrliches Verkehrsmittel. 20 Millionen Deutsche
fahren Rad, rund 12 Millionen Volksgenossen kommen zu
Rad zur Arbeitstätte. Etwa 40 Prozent der in der In-
dustrie Beschäftigten sind Radler; in einigen Fällen er-
höht sich der Anteil bis auf 75 v. H. Sehr hoch ist die
Zahl der mit dem Rad zur Schule fahrenden Kinder und
Jugendlichen. — Ein Viertel des deutschen Volkes benutzt
als Verkehrsmittel das Fahrrad!

Unvermeidbare Gefahren?

Diese Angaben scheinen auf den ersten Blick eine Er-
klärung dafür zu sein, wie es möglich ist, daß nahezu
90 000 Radfahrer an Verkehrsunfällen beteiligt sind —
das heißt an einem Drittel aller Verkehrsunfälle —, daß
über 2000 Volksgenossen dabei ihr Leben verlieren, daß 93
Prozent der tödlich verlaufenen Radunfälle auf berufs-
tätige Menschen entfielen. — Aber sind die Gefahren, die
dem Radler drohen, wirklich unvermeidbar? Ist ihnen
der Radfahrer tatsächlich schutzlos ausgeliefert?

Die Verkehrssicherheit kann erhöht werden.

Es liegt zunächst an jedem radfahrenden Volksgenossen
selbst, sich der bestehenden Gefahren zu erwehren. Er tut
dies durch Befolgung seiner 10 Pflichten. Er wahrt Dis-
ziplin, beweist Verantwortungsbewußtsein, fährt mit Vor-
sicht und ist auch auf der Straße kamerad.

Zu dieser Haltung, die von der Einsicht jedes einzelnen
abhängt, tritt als weiterer Sicherheitsfaktor das verbes-
serte Fahrzeug. Für einen ordentlichen Menschen wird
es eine Selbstverständlichkeit sein, daß er sein Rad in ei-
nem Zustand hält, der die eigene Gefährdung oder die an-
derer Verkehrsteilnehmer ausschließt. Abgesehen davon,

daß er sich anderenfalls strafbar macht, Signalschade, beide
Bremsen, die Beleuchtung, alles hat in Ordnung zu sein.
Die Dunkelheit birgt für den Radfahrer besondere Ge-
fahren: Oft wird er zu spät erkannt. Das Radgeräusch ist
als Schuttmittel nicht mehr ausreichend. Aus diesem
Grunde soll es durch den Tretstrahler — so nennen
wir mit einem deutschen Wort den „Pedal“-Radstrahler
— ersetzt werden.

Unbegründete Bedenken.

Der Tretstrahler hat sich als wesentlich besser erwiesen
und stellt die denkbare beste Sicherung des Radlers dar.
Auf über 25 000 Fahrrädern wurden diesbezügliche
Versuche angestellt, die ohne Ausnahme die erwarteten,
in jeder Hinsicht befriedigenden Ergebnisse brachten. Beden-
ken, die da und dort auftreten, daß je nach der Fußstellung
die Wirksamkeit ausgeschaltet werden würde oder aber
mangelnde Sauberkeit — die jeder Radler vermeiden
wird — sie beeinträchtigen, haben sich als unbegründet her-
ausgestellt.

Welche Räder müssen Tretstrahler haben?

Auf Grund dieser Erfahrungen sollen die Tretstrahler
für alle Fahrräder eingeführt werden. Zunächst besteht
die gesetzliche Pflicht zur Anbringung nur für die Räder,
die seit dem 1. Oktober 1938 neu in den Verkehr kommen.
Für die schon länger im Verkehr sich befindenden Räder
ist aus produktionsrechtlichen Gründen die Anbringung
zwar noch nicht angeordnet, es ist aber der ausdrückliche
Wunsch des Reichsführers SS und Chefs der deutschen
Polizei, daß die Anschaffung im Interesse einer erhöhten
Verkehrssicherheit freiwillig schon jetzt erfolgt zum Schutze
der Radfahrer und der anderen Verkehrsteilnehmer.

Eine Sonderregelung wurde für die Rennräder ge-
troffen, die nur dann mit Tretstrahler ausgerüstet sein
müssen, wenn sie im Straßenverkehr gefahren werden.

Noch einmal am Zuchthaus vorbei.

Zwei Pferde- und Silbergeldschmuggler zu hohen Gefängnis- und
Geldstrafen verurteilt.

S Bocholt, 5. Nov.

Vor dem Coesfelder Schöffengericht hatten sich Bern-
hard S. aus Bocholt und Wilhelm B. aus Stenern
wegen Schmuggels und Vergehens gegen die Devisen-
gesetzgebung zu verantworten. Den Angeklagten wurde zu-
nächst vorgelesen, wie Pferde und zwei Kühe ohne Ge-
richtsurteil in Holland geschmuggelt und das Geld in Höhe
von 2750 M. von Holland nach Deutschland
zurückgeschmuggelt zu haben. Ferner wurde dem Ange-
klagten B. vorgelesen, einen Betrag von 250 M. ge-
schmuggelt zu haben, und beiden Angeklagten noch zur
Last gelegt, einen Betrag von 680 M. nach Deutschland
geschmuggelt zu haben.

Die Angeklagten wurden durch einen Holländer B. erfolgt,
der Zollbehörde mitgeteilt hatte, daß Vieh, Dämme sowie
Silber in größeren Mengen geschmuggelt würden und
zwar vom Gehört B. in Stenern aus. Daraufhin wurde
das Gehört B. näher beobachtet und festgestellt, daß die An-
geklagten B. und S. zusammen mit Fritz H., der in Punt
Schmuggel aus dem unbeschränkten Markt ist, arbeiteten.
Weiter hatte man, als die drei von Zollbeamten beobachtet
wurden, nicht gesehen, daß sie über die Grenze gekommen
waren. Bei einer sofort durchgeführten Hausdurchsuchung
wurden in der Wohnung des B. 684 M. gefunden. B. erklärte,
er habe das Geld aus dem Verkauf von Vieh und Stroh
geloßt. Festgestellt wurde, daß B. tatsächlich im Frühjahr
des Jrs. Geld für verkauft Vieh in Bocholt abgeholt hat.
Als er mit dem Geld unterwegs war, wurde er von Zoll-
beamten angehalten, es befanden sich damals aber nur
450 M. in seinem Besitz. Drei Monate später waren aus
diesen 450 M. 680 M. geworden, wie sich bei der Haus-
durchsuchung ergab. Da nun aber B. schließlich während der
drei Monate auch leben mußte, kann das Geld nur aus
Schmuggelgeschäften stammen.

Die Angeklagten bestritten jede Schuld. Den Haupt-
zeugen schickten sie als unglaubwürdig hinfustellen. Die
Beweisaufnahme ergab jedoch, daß dieser gar nicht so un-
gläubigswürdig war, da gar manches, was er behauptet
hatte, sich bei der Nachprüfung als durchaus richtig her-
ausgestellt hatte.

Nach Schluß der Beweisaufnahme legte Zollbe-
rater H. d. als Nebenkläger dar, es könne kein
Zweifels darüber bestehen, daß hier tatsächlich 4 Pferde
und 2 Kühe sowie Papier- und Silbergeld in größerem

Umfange geschmuggelt worden seien. Er hob mit Nach-
druck hervor, daß es sich angesichts der günstigen Lage
des Gehörtes in unmittelbarer Nähe der Grenze, das
der Angeklagte B. von seinem Halbbruder übernommen,
der ebenfalls in erheblichem Umfang geschmuggelt habe,
um ein besonders schweres Vergehen handele. Er be-
tragte gegen S., der bereits einschlägig vorbestraft
sei, zwei Jahre und gegen B. ein Jahr Zuchthaus,
ferner gegen jeden der beiden Angeklagten eine Geld-
strafe in Höhe von 5000 Mark oder fünf Monate Zuchthaus.

Unser neuer Roman:

„Weit ist der Weg zum Glück“.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck unseres
neuen Romans von Hans Ernst „Weit ist der Weg zum
Glück“. Die Menschen dieses Romans und ihre
Schicksale wachsen plastisch aus dem Boden ihrer
bayerischen Waldheimat; er wird unsere Leser gewiß
gefangen nehmen.

haus sowie wegen Nichtabgabe der Exportvalutaerklä-
rung gegen jeden der beiden Angeklagten eine Geldstrafe
in Höhe von ebenfalls 5000 Mark oder fünf Monate
Gefängnis.

Der Staatsanwalt schloß sich den Ausführungen des
Nebenklägers, auch hinsichtlich des Strafmaßes, an.
Das Gericht verurteilte den Angeklagten S. zu zwei
Jahren und den Angeklagten B. zu einem Jahr Ge-
fängnis sowie beide Angeklagten zu einer Geldstrafe
in Höhe von 5000 M. oder 50 Tagen Gefängnis und zu
einer Geldstrafe in Höhe von 1000 M. oder 10 Tagen Ge-
fängnis.

In der Urteilsbegründung betonte der Vorsitzende u.
a., daß das Gericht noch einmal von einer Zuchthausstrafe
abgesehen haben, weil hier nicht ein besonders
schwerer Fall eines Verstoßes gegen die Devisengesetz-
gebung vorgelegen habe. Immerhin wurde das Verhalten
der Angeklagten gebührend angeprangert.

mit dem Unterrichtsbeginn auch einige Veränderungen
eingetreten. Zu dem Lehrerkollegium traten drei neue
Lehrkräfte und zwar die Landwirtschaftslehrerinnen Her-
mes und Michels und Diplomlandwirt Schlüter.
Für die Mädchenklasse wurde Fräulein Riedert aus
Dortmund angestellt. Außerdem verließ die Schule ein
Jubiläum. Im November 1913 übernahm nämlich
Landwirtschaftslehrer Dr. Böing die Leitung der
Schule, die damals bekanntlich noch in Belen war. Die
fruchtbare Arbeit von Direktor Dr. Böing spiegelt sich
in dem stetigen Aufstieg der Schule wieder. Viel ist
geleistet worden, und wohl alle Schüler, die in dem
langen Zeitraum von 25 Jahren die Schule verlassen
haben, erkennen dankbar die Förderung an, die sie
durch die Schule erfahren haben.

Höhere Mieten für Kinderlose?

Vorschläge für bevölkerungspolitische Wohnpolitik.

Im Rahmen des Reichsappells des Reichsheimstätten-
amts der NSDAP entwickelte der Leiter der Hauspolitik für
praktische Bevölkerungspolitik im Reichspolitischen Amt
der NSDAP, Dr. K. Noth, die Anforderungen, die vom
Standpunkt raumpolitischen Politik aus an den Wohn-
standbau zu stellen seien. Wir brauchen, so sagte er u. a.,
heute keine Erbsätze im ärztlichen Sinne, wenn unser
Volk in seiner Gesamtheit noch so kinderreich wäre, wie
Witte des vergangenen Jahrhunderts. Hätten wir je er-
werbsfähige Familie sechs Kinder, dann könnten die paar
Altpfaffen auch welche haben. Es nützt nichts, die Erb-
franken zu sterilisieren, wenn die Erbsätze des Volkes
sich nicht fortplanzen. Die Aufgabe liegt darin, alle
Wege zu gehen, den tüchtigen, anständigen, begabten jun-
gen Menschen Kinderreichtum zu ermöglichen. Der Re-
beter verzieht auf die engen Beziehungen zwischen Wohnung
und Kampfpolitik. Er halte es für raumpolitisch untrag-
bar, sich einzubilden, daß man die Wohnungsmotiv behoben
habe, wenn man junge Ehepaare in Zweifelhäusern unter-
bringe. Wenn die Gefahr bestehe, daß durch eine
verfehlte Wohnungspolitik die Zukunft des Volkes gefahr-
det werde, dann müsse eben der gesamte Woh-
nungsbaubau aus den Methoden der Wirtschaftlich-
keit gelöst werden. Wer dann frage,
wie denn der Staat das bezahlen solle, gehöre zu denen,
die 1933 vorgezeichnet hätten, daß Hermann Göring mit
dem Bau der Fingergasse plette machen werde. Wir müs-
sen unter allen Umständen dahin kommen, daß die Woh-
nungen auf den Bedarf einer kinderreichen Familie stan-
dardisiert werden. Es sei immer noch besser, ein junges

Aus der NSDAP.

Ortsgruppe Bocholt-Süd.

Am Freitag, dem 11. November, findet im Lokale
Rod (Schützenstraße) um 20 Uhr ein Schulungsabend
statt, an dem die Politischen Leiter und die Führer der
Ortsgruppen teilnehmen.



Hier spricht die
Deutsche Arbeitsfront.

Reichsleistungsschreiben in
Kurzschrift.

Am 3. und 4. Dezember 1938 wird im Kreisgebiet Borken-
Bocholt das diesjährige Reichsleistungsschreiben in
Kurzschrift durchgeführt, an dem sich vor allen Dingen auch
die berufstätigen Kurzschriftler und Kurzschriftlerinnen
beteiligen sollen. Wir bitten daher alle diejenigen Volksgenossen
und Volksgenossinnen, die am Reichsleistungsschreiben
in Kurzschrift teilnehmen wollen, sich hierfür vor-
zubereiten. Heil Hitler!

Deutsche Stenographenschaft: geg. Bülling.
Die Deutsche Arbeitsfront, Amt für Berufsbildung
und Betriebsführung: geg. Müller.

Hitler-Jugend

Bann 261 (Weißes Dorn)

Hitlerjugend Dingden-Lankern.

Am Dienstag um 8 Uhr Auftreten bei Wettheilung.
Turnzeug mitbringen. Der Gefolgschaftsführer.

Opferspiele des deutschen Sports für das WSW.

NSD. Die Opfertage des deutschen Sports für das
Winterhilfswerk des deutschen Volkes sind vom Reichs-
sportführer für die einzelnen Sportarten wie folgt festge-
legt worden: Handball am 6. November; Fußball am 18.
November; Eisport am 27. November bis 1. Dezember;
Tennis am 3. Dezember; Schläger am 25. Dezember;
Bob- und Schlittschuhsport am 8. Januar; Scherathletik
am 8. oder 29. Januar; Schwimmen und Motorsport
am 15. Januar; Fechten am 21. und 28. Januar; Turnen
am 11. und 12. Februar; Billard am 19. Februar; Segeln
am 4. März; Radport am 5. März; Reiten am 12. und
19. März; Schießen und Hockeys am 19. März; Boxen vom
19. bis 25. März; Rudern am 2. April; Kanusport am
23. April.

Keine festen Termine haben die Sportarten Feichtath-
letik, Wandern, Bergsteigen, Golf, Tischtennis, die im
Laufe des Winterhalbjahres durch Sammlungen bei Ta-
gungen, Veranstaltungsgelichter Art usw. für das
WSW gesammelt wird.

Chopard habe am Anfang ein Zimmer übrig, als daß es
dann sagt: wir können uns kein weiteres Kind mehr
leisten. Im Interesse der Kampfpolitik sei es weiter besser,
man schaffe vierstellige Häuser und für jede Familie ein
Gärtchen, als niedrige Häuser ohne Garten.
Es sei, so sagte er weiter, eine Tatsache, daß die
Kinderzahl abnehme mit der Zunahme
des Komforts. Darum sei der Bericht auf vollstän-
digen Komfort zugunsten eines größeren Raumes anzuer-
kennen. Auch müsse man der deutschen Familie das Gefühl
geben, daß sie in ihrer Wohnung wirklich allein sei. Wenn
sie aber jede Rundfunkübertragung aus der Nebenwoh-
nung mit anhören müsse, dann habe sie nicht das Gefühl,
allein zu sein. Auf die Dauer sei es ferner untragbar,
daß ausreichende schöne Altimohnungen von funderlosen
Ehepaaren bewohnt werden, während man funderreiche
Familien in kleine Neubauwohnungen steckt. Hier müsse
ein Druck dahin möglich werden, daß einer, der eine solche
Wohnung nicht braucht, herausgeht. Wenn die
Bierraumwohnung als Standard erreicht ist, dann solle
schließlich in dieser Wohnung die funderlose Fam-
ilie wesentlich mehr Miete zahlen als die
funderreiche.

Kinderzulage, Waisenrente, Witwenbeihilfe.

Der Reichsarbeitsminister hat die Versorgungsämter
ermächtigt, Kinderzulagen oder Waisenren-
ten für Kinder, die bei Vollendung des 16. Lebens-
jahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechens
außerstande waren, sich selbst zu unterhalten, im Falle
des Bedürfnisses auch dann in eigener Zuständigkeit zu
gewähren, wenn der Antrag erst nach Ablauf von sechs
Monaten nach Vollendung des 16. Lebensjahres gestellt
wird.

Ferner hat der Minister angeordnet, daß für Wit-
men, die sich vor dem 13. Juli 1938 wieder verheiratet
haben und deren zweiter Ehemann nach mehr als zehn-
jähriger Ehe gestorben ist, Witwenbeihilfe nur
mit seiner Genehmigung bewilligt werden kann. Vor-
aussetzung ist, daß sich die Witwe in Not befindet. Die
Befugnis zur Bewilligung solcher Witwenbeihilfen wird
den Versorgungsämtern übertragen. Verfügt die Witwe
über sonstiges Einkommen, so ist es auf die Witwen-
beihilfe anzurechnen.

Ferner sind die Versorgungsämter ermächtigt wor-
den, begabten und fleißigen Kriegserwachsenen die
nach Vollendung des 21. Lebensjahres und der Weg-
fall der Waisenrente im Wintersemester 1938-1939 eine
hoch- oder Fachschulbeihilfe oder sich in der Hochschul-
prüfung befinden, eine einmalige Unterstüt-
zung bis zur Höhe von 150 Mark zu gewähren.

Duisburger Oper.

Spielplan von Sonntag, 6. Nov. — Sonntag, 13. Nov.
Sonntag 15-17.30 „Der Vetter aus Dingsda“
Operette von Käthe (KdF, kein Verkauf) 20,15-23
„Das Land des Käthe“, Operette von Lehar — Mon-
tag 20-23.15 „Der Alpenkönig und der Menschenfeind“,
von Ferdinand Raimund. — Dienstag 20-23 „Rigo-
letto“, Oper von Verdi. — Mittwoch geschlossen. — Don-
nerstag 20-23.15 „Rauhe Eichen“, Komödie von Schmel-
fert — Freitag 20-23.30 „Der Freischütz“, romantische
Oper von Weber (KdF, kein Verkauf). — Samstag 20
bis 23 „Das Land des Käthe“, Operette von Lehar —
Sonntag 15-17.45 „Die Welfen“, Operette von Lehar
— Sonntag (KdF, kein Verkauf) 20,15-23.15 „Rigoletto“,
Oper von Verdi.

Hauptgeschäftsführer und verantwortlich für Politik und kulturelles Leben:
Dr. Ernst Buhle, Stellvertreter und verantwortlich für Umbruch und poli-
tische Nachrichten: Dr. Fritz Rediger, für Heimatpolitik: Fritz Pfeiffer,
für Münsterland, Heimatpost und Bild: Rudolf Ochsenknecht, stellv.
in Münster: für den Unterhaltungs- und Westdeutschen und Hermann
in Münster: für den Unterhaltungs- und Westdeutschen und Hermann
in Dortmund: Berliner Schriftleitung: Hans-Joachim v. Winterfeld, Berlin
für den Zeno-Angebot: Dr. Erich Altmeyer, Münster. Druck: Zeno
GmbH, Münster. W. — Zur Zeit gültiger Angebotspreise für die Zeno-
Gesamtschau: Nr. 1 vom 12.11.1938.
Für den örtlichen Angebotspreis: Heinz Staudt, Bocholt. — Verlag J. & A.
Temming, Bocholt, Reichsstraße 11, (verlegt: Josef Temming).
Zur Zeit in Erscheinung: Nr. 4 gültig.
Durchschnittsleserzahl 1938: Zeno-Zeitung: über 41 000,
enthaltend: Abnehmer: Volkzeitung, Aachen, über 3000; — Allgemeine Zeitung,
Coesfeld, über 3000; — Borkener Zeitung, Borken, über 3000; — Bürger-
blatt, Emmerich, über 1600; — Völkischer Zeitung, Münster, über 2000; —
Haltener Zeitung, Haltern, über 1700; — Kreiszeitung, Ahaus, über 3000; —
Münsterländische Volkzeitung, Rheine, über 4000; — Landbote, Tages-
zeitung (Lange), Rheine, über 1000; — Neuer Anzeiger, Warburg, über
2000; — Tagespost, Ostrop, über 1700; — Völkischer, Drenth, über 1600;
— Volksfreund, Lamsdorf, über 2000; — Volkszeitung, Drenth, über 1600.

Reserveoffiziere und Landwehroffiziere.

Von den Reservisten, die jetzt zur Entlassung kommen, sind diejenigen, die sich als geeignet erwiesen haben, zu Reserve-Offizieren anwärtern ernannt worden.

Der Weg zum Offizier des Beurlaubtenstandes steht jedem Wehrpflichtigen offen, der als Soldat in der Wehrmacht dient oder gedient hat und ehrenvoll aus dem aktiven Wehrdienst ausgeschieden ist. Entscheidend sind persönliche Eigenschaften, wehrdienstliche Leistung und charakterliche Eignung. Zu Offizieren d. B. dürfen nur solche Anwärter vorgeschlagen werden, die hinsichtlich ihrer persönlichen Haltung, Auffassung und Lebenswandel den an einen Offizier zu stellenden Anforderungen entsprechen. Sie müssen in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen leben und völlig auf dem Boden des nationalsozialistischen Staates stehen.

Zu dem Offizierkorps des Beurlaubtenstandes der drei Wehrmachtteile gehören die Reserve- und Landwehroffiziere.

Die Offiziere des Beurlaubtenstandes der drei Wehrmachtteile, die dem gleichen Wehrbezirk angehören, bilden das Offizierkorps des Beurlaubtenstandes dieses Wehrbezirks. Unbeschadet der Zugehörigkeit zum Beurlaubtenstand eines der drei Wehrmachtteile sind Offiziere des Beurlaubtenstandes dem Kommandeur des für ihren dauernden Aufenthalt zuständigen Wehrbezirks unterstellt. Dieser ist der nächste Disziplinarvorgesetzte der Offiziere des Beurlaubtenstandes seines Wehrbezirks. Die nächst höheren Disziplinarvorgesetzten sind der Wehrkreisinspektor und der Befehlshaber im Wehrkreis.

Zu Reserve-Offizieranwärtern werden Soldaten ernannt, die sich während der Zeit ihres aktiven Wehrdienstes als geeignet zur Ausbildung zum Reserveoffizier erwiesen haben. Der erfolgreichste Abschluß einer höheren Schulbildung ist nicht erforderlich. Der Nachweis der Maturität von deutschen oder arbeitsverwandten Völkern ist vor der Ernennung zum Reserve-Offizieranwärter zu erbringen, erforderlichenfalls auch für die Ehefrau (oder Braut).

Nach der Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst zur Reserve unterliegt der Reserve-Offizieranwärter der Wehrführung durch die für seinen dauernden Aufenthalt zuständigen Wehrdienststellen, und zwar als Gefreiter und Unteroffizier der Reserve oder mit entsprechendem Dienstgrad der des Wehrdienstes, als Feldwebel der Reserve oder mit entsprechendem Dienstgrad der des Wehrdienstes.

Alle Gesuche in dienstlichen Angelegenheiten sind von ihm an die hiernach zuständige Wehrdienststelle zu richten. Mitteilungen des Stammtropfenstellen (bei der Kriegsmarine des Stamm-Marinetells) sowie sonstiger Wehrdienststellen an den Reserve-Offizieranwärter gehen außerhalb der Zeit aktiven Wehrdienstes über die zuständige Wehrdienststelle.

Die Wehrpflicht wird erfüllt von Reserve-Offizieranwärtern, die nach mindestens zweijährigem aktiven Wehrdienst als Feldwebel der Reserve oder mit entsprechendem Dienstgrad entlassen worden sind, durch Wehrdienst einer vierwöchigen Übung (Offizierübung) beim Stammtropfenstellen (Marinetell). Bei der Luftwaffe kann diese Übung nach Anordnung des Luftkreiskommandos auch bei anderen Übungstruppenteilen erfolgen.

Die Beförderung zum Offizier des Beurlaubtenstandes ist von der dienstlichen und außerdienstlichen Eignung des Reserve-Offizieranwärters abhängig. Voraussetzung ist weiterhin, daß der Reserve-Offizieranwärter nach wehrärztlichem Urteil 1. bei Vorschlag zur Beförderung zum Reserveoffizier „tauglich“ oder „bedingt tauglich“, 2. bei Vorschlag zur Beförderung zum Landwehroffizier mindestens „bedingt tauglich“ ist. Die dienstliche Eignung zum Offizier des Beurlaubtenstandes hat der Reserve-Offizieranwärter durch die abzuführenden Übungen nachzuweisen. Am Schluß der Offizierübung ist von dem Kommandeur des Stammtropfenstellen (bei der Kriegsmarine von den zuständigen Vorgesetzten) durch eine schriftliche Beurteilung abzuführend festzustellen, ob der Reserve-Offizieranwärter zum Offizier des Beurlaubtenstandes geeignet ist. Eine Ausfertigung dieser Beurteilung ist dem für den Reserve-Offizieranwärter zuständigen Wehrbezirkskommando zu überreichen, das sie zu den Personalakten nimmt.

Der Reserve-Offizieranwärter muß, bevor er zur Beförderung zum Reserveoffizier in Vorschlag gebracht wird, zum Reserveoffizier gewählt werden. Zur Wahl dürfen nur solche Reserve-Offizieranwärter gestellt werden, die den Dienstgrad eines Feldwebels oder einen entsprechenden Dienstgrad besitzen, sich schriftlich mit der Beförderung zum Reserveoffizier einverstanden erklärt haben und dienstlich und außerdienstlich für geeignet erachtet sind.

Die Beförderung zum Reserve-Offizier wird durch die Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile verfügt. Sie ist an ein bestimmtes Lebensalter nicht gebunden, kann aber bei Reserve-Offizieranwärtern in der Regel frühestens drei Jahre nach Beginn des aktiven Wehrdienstes verfügt werden. Für die Beförderung zum Sanitäts- bzw. Veterinär-Offizier des Beurlaubtenstandes ist die Bestallung als Arzt — Tierarzt — Voraussetzung.

Reserve-Offizieranwärter, die nach den gegebenen Bestimmungen für eine Übernahme in die aktive Offizierslaufbahn vorgesehen sind, können auch von diesem Zeitpunkt zum Leutnant der Reserve — zunächst aber ohne Rangabzeichen — befördert werden. Dasselbe gilt für Reserve-Offizieranwärter, die sich beim Heer oder der Luftwaffe für ein drittes Dienstjahr verpflichtet haben.

Die Landwehroffiziere ergänzen sich: 1. durch Ueberführung von aktiven Offizieren und Reserveoffizieren, 2. aus Portepeunteroffizieren, die nach mindestens zwölfjähriger Dienstzeit aus dem aktiven Wehrdienst entlassen sind, den Bestimmungen des Abf. 8 als Offiziere des Beurlaubtenstandes entsprechen, aber infolge ihres Lebensalters nicht mehr für die Reserve in Betracht kommen, 3. für eine Uebergangszeit aus Reserve-Offizieranwärtern, die infolge ihres Lebensalters nur als Landwehroffiziere in Betracht kommen. Die Ueberführung von Reserve-Offizieren zur Landwehr ist in der Regel frühestens am 1. April des Kalenderjahres möglich, in dem der Reserve-Offizier sein 35. Lebensjahr vollendet.

Eine Ueberführung von Offizieren der Landwehr zu den Offizieren der Reserve kann beim Vorliegen hervorragender dienstlicher Leistungen in begründeten Ausnahmefällen beantragt werden. Sie darf nur mit Zustimmung des Landwehroffiziers erfolgen.

Die Lücken im englischen Luftschutz.

Die Jungfernrede des neuen Ministers für Heimatverteidigung.

London, 4. November.

Das Unterhaus befaßte sich am Donnerstagabend mit der in ausgedehnter Debatte mit dem englischen Luftschutz bzw. der Heimatverteidigung.

Der Labour-Abgeordnete Morrison brachte im Namen der Opposition einen Antrag ein, in dem es heißt, das Unterhaus bringe seine tiefe Besorgnis über die ungenügenden Lücken im Verteidigungsplan zum Ausdruck. In seiner Erklärung erklärte Morrison, England befinde sich in einem „Zustande der völligen Ungenügsamkeit des Heimatverteidigungssystems“.

Nach Morrison brachte Innenminister Hoare im Namen der Regierung einen Antrag ein, in dem die Regierung die bestehenden Lücken in der Heimatverteidigung ausfüllt, das Haus aber bittet, ihr das notwendige Schnelligkeit für die Bedürfnisse des Landes notwendigen Maßnahmen ergreifen könne. Hoare erklärte, daß kein Problem der britischen Verteidigung so schwierig sei wie das der Heimatverteidigung. Trotzdem wolle er aber sagen, daß die bisher von der britischen Regierung getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Heimat mit denen aller anderen Länder einen Vergleich aushalten könnten, wenn auch mit einer einzigen Ausnahme, nämlich dem Luftschutz Deutschlands, wo man bereits beträchtliche Zeit früher damit angefangen habe. Dann teilte Hoare mit, der britische Luftschutz benötige für die Verteidigung gegen die deutsche Luftwaffe 80 Millionen Gasmasken seien in kurzer Zeit ausgegeben worden. Der Minister kündigte dann an, daß die Regierung bombenfestere Unterkünfte für alle Männer, Frauen und Kinder in den gefährdeten Zonen herstellen werde. Besondere Beamten würden feststellen, wo in großen Gebäuden bombenfestere Keller hergerichtet werden könnten.

Es entspann sich im Anschluß an die Ausführungen Hoares eine Debatte, bei der auch der neuernannte Lord

folgen. Der Antrag auf Rückversetzung ist vom zuständigen Wehrbezirkskommando auf dem Dienstwege, beim Verständnis der aktiven Truppenteile, zu dem der Landwehroffizier als Reserveoffizier verlegt werden soll, dem zuständigen Wehrbezirkskommando — Marinekommando des Heeres — Oberkommando der Kriegsmarine — Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe — mit Vorschlagsliste zu einzureichen, daß Verlegung mit Wirkung vom 1. April jeden Jahres erfolgen kann.

Der Landwehroffizier verbleibt im Landwehroffizierskorps, solange er für eine Verwendung im Kriege vorgesehen ist.

Regierungsbewahrer und Minister für die Heimatverteidigung, Anderson, das Wort ergreifend, erklärte, daß er jetzt noch keine Einzelheiten über seinen Arbeitsplan bekanntgeben könne. Man müsse einen Wechsel in der bisher verfolgten Linie erwarten und man dürfe nicht annehmen, daß alles in sechs Monaten, einem Jahr oder zwei Jahren fertig sei. Er werde mit seiner Arbeit so schnell wie nur möglich vorangehen. Allerdings werde der Ausbau des britischen Heimatluftschutzes auch neue Kosten erforderlich machen.

Kriegsminister Hoare schloß namens der Regierung die Donnerstag-Debatte im Unterhaus ab. Der Minister erklärte einleitend, daß man der Verteidigung gegen Luftangriffe dieselbe Aufmerksamkeit schenken müsse, wie man sie immer der Erhaltung der Flotte zugewandt habe. Die Regierung sei entschlossen, die Erfordernisse der Luftverteidigung in größtmöglichem Umfang zu erfüllen. 1938 habe man die erste Luftabwehrdivision in Stärke von 2500 Mann geschaffen. Ihre gegenwärtige Stärke belaufe sich auf 45 000 Mann. Die Regierung sei zu dem Entschluß gekommen, fünf Luftabwehrdivisionen der Territorialarmee in Stärke von 100 000 Mann zu schaffen, die auf das ganze Land verteilt seien.

Hoare schloß dann nähere Ausführungen über verschiedene Flugabwehrschüsse, die in der englischen Armee eingeführt werden sollen und fuhr dann fort: Der Zustand der Rüstständigkeit werde nicht andauern. Jeden Monat werde die Nation stärker werden.

Nach dieser Erklärung lehnte das Unterhaus den Oppositionsentscheid mit 355 gegen 130 Stimmen ab.

Thronrede im Unterhaus.

London, 4. November.

Anläßlich der Vertagung des englischen Parlaments, das am nächsten Dienstag erneut zusammentritt, um eine neue Session zu beginnen, wurde eine Thronrede des Königs verlesen, in der auch auf eine Reihe von außenpolitischen Fragen Bezug genommen wurde.

In der Thronrede ging der König zunächst einmal auf seinen Besuch in Paris ein, und kam dann auf die tschechische Krise zu sprechen. Hierzu erklärte er, in der ganzen Zeit hat meine Regierung in enger Zusammenarbeit mit der französischen Regierung jeden Versuch unternommen, sowohl in Prag als auch in Berlin eine dauerhafte und friedliche Regelung der Frage der

deutschen Volksgruppe in der Tscheco-Slowakei zu sichern. Angesichts der wachsenden Schwere der Krise beschloß der Premierminister am 14. September nach Berathungen mit den Ministern, um dort eine persönliche Fühlungnahme mit dem deutschen Kanzler herzustellen. Auf diese Initiative folgte ein weiterer Besuch des Premierministers in Godesberg am 22. September. In diesem Stadium schien die Aussicht für eine friedliche Regelung fast verschwunden zu sein. Im letzten Augenblick machte der Premierminister dem deutschen Reichkanzler den Vorschlag einer Vier-Mächte-Konferenz. Mussolini unterstützte die Anregung in begreifenswerter Weise, und am 29. September kamen der deutsche Reichkanzler, der französische Ministerpräsident, der Chef der italienischen Regierung und der Premierminister in München zusammen und erzielten ein Uebereinkommen.

Nach kurzer Schilderung der Maßnahmen der britischen Regierung während der Krise ging die Thronrede auf das englisch-italienische Uebereinkommen ein. Sie verwies darauf, daß das Uebereinkommen sobald als möglich in Kraft gesetzt werden soll. Der König begrüßte ferner den Abschluß des Abkommens mit Irland und gab seinem Bedauern über die „Gewalttät und Gefährlichkeit“ in Palästina Ausdruck.

Die Rede behandelte schließlich die innerpolitischen Angelegenheiten. Von besonderem Interesse ist hier die Feststellung, daß die Verfassung der Verteidigung zu lästige Steuern erforderlich gemacht hat, die das Land als notwendig angesehen hat. Die Verteidigungsbedürfnisse des Staates würden im Lichte der kürzlichen Erfahrungen neu überprüft werden.

Rosenberg sprach in Weimar.

Eröffnung des thüringischen Gauparteitages.

Weimar, 4. November.

Der thüringische Gauparteitag nahm heute seinen Anfang. Alfred Rosenberg empfing im Rathaus den Ehrenbürgerbrief der Stadt Goethes, Schillers und Kleines mit dem Weissenhof, die kulturelle Linie im Namen nationalsozialistischer Geistigkeit fortzuführen.

Der Abend fand das Führerkorps der thüringischen Bewegung in der Weimarer Stadt zur Eröffnung des 10. Parteitages des Gaues Thüringen der NSDAP. Gauleiter Reichsstatthalter Fritz Sauckel zeigte an den Ereignissen des Jahres 1938, da das Deutsche Reich Bewegung auf einer Arbeit, die, wie der Gauleiter hält und hier in Thüringen eine besonders gläubige und fanatische Bereitschaft fand. Die Sonder-Maßnahmen der Bewegung für Alfred Rosenberg — ein für allemal radikal getrieben. Die deutsche Erkenntnis wurde stark nationalsozialistische Weltanschauung und baute auf, was wir seit 1933 Großes erleben.

Unbeschreiblicher Beifall empfing den Reichsleiter Rosenberg. Er knüpfte an den schwarzen Tag an, der sich nun zum 20. Male jährt und zugleich für den Kern der Bewegung zum Samen der Weimarer Bewegung wurde. Hierbei zog Alfred Rosenberg eine Parallele zu dem deutschen Revolutionär Martin Luther, der sich genau so einsetzte von einem bestimmten Punkte an empfand gegen die Mißstände der Zeit wandte und dabei die ihr zugrunde liegenden Lehren entlarvte.

Wie er, habe die Bewegung seit 1918 Protest angefangen und begonnen, die falschen Lehren zu verbrennen. Der Reichsleiter entwarf ein Bild davon, wie auch heute deutsche Menschen aus dem Protest gegen Ungeheuerlichkeiten heraus entgegengesetzte Erkenntnisse gewonnen haben. Sie kennzeichnete Rosenberg scharf und unheimlich. Er entwarf ein fesselndes Bild von ihrem Spiel, das nach seiner Ausrottung aus dem deutschen Boden erst recht zu einem Weltkampf wurde.

Der Reichsleiter wies auf den großen Sinn einer sich uns entgegenkommenden Gegenwart hin, uns hart und geprüft zu erhalten und dadurch uns die Freiheit auch innerlich gewinnen zu lassen. Er schloß mit dem berühmten Wort Ernst Moritz Arndts: „Ein Volk zu sein.“ Die Gemeindeführer erhoben sich und schloß die Führertagung mit den beiden Liedern Siegreichen Deutschlands.

„Schafft Speiseräume für Eure Gefolgschaft!“

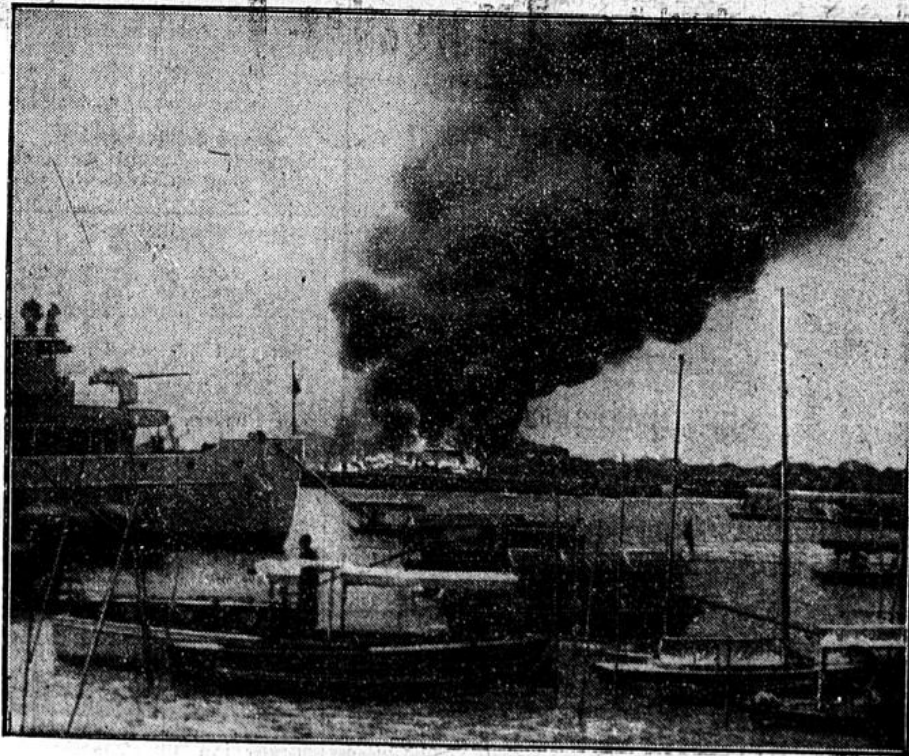
Berlin, 5. November.

Im Februar 1938 begann das Reichsamt „Schönheit der Arbeit“ seinen großen Aufklärungsfeldzug „Warmes Essen im Betrieb“, der überall bei Betriebsführern und Gefolgschaften begeisterten Widerhall fand, denn der schaffende Mensch begrüßte die Forderung von „Schönheit der Arbeit“, in den Betrieben die Möglichkeiten zu schaffen, ein warmes Essen während der Mittagspause einnehmen zu können.

Und so entstanden in vielen deutschen Betrieben in den vergangenen Monaten Speise- und Küchenräume, die in ihrer baulichen und technischen Gestaltung den Forderungen von „Schönheit der Arbeit“ entsprechen.

Die technischen Voraussetzungen für die Einrichtung der Küchen- und Speiseräume wurden durch ein Handbuch „Speise- und Küchenräume in gewerblichen Betrieben“, das vom Reichsamt „Schönheit der Arbeit“ geschaffen wurde, gegeben. Und doch gibt es noch viele Betriebe, in denen die Möglichkeit fehlt, der Gefolgschaft ein warmes Essen zu verabreichen. An diese Betriebe ergreift heute nochmals der Ruf: „Schafft Speiseräume für Eure Gefolgschaft!“ denn nur ein gesunder und leistungsfähiger Mensch ist in der Lage, seinen Platz im Arbeitsleben voll und ganz auszufüllen.

Gerade in diesen Tagen hat Reichsorganisationsleiter Dr. Ley wieder auf die große Bedeutung des warmen Essens während der Arbeitszeit hingewiesen, und es ist daher Pflicht eines jeden Betriebsführers, zur Verwirklichung dieser Forderung seinen Teil beizutragen.



Erstes Bild von der Einnahme Kantons.

Von der erfolgreichen Offensive der Japaner in Süchina, die mit der Einnahme Kantons abschloß, trafen nun die ersten Bilder in Europa ein. Unsere Aufnahme zeigt einen Moment vor der Einnahme Kantons, und zwar, als die japanischen Geschütze und Kriegsschiffe die Stadt zu beschießen begannen. Vor Ausbruch des Kampfes um die Stadt selbst wurde diese bekanntlich von den Chinesen geräumt. (Associated-Press-M.)



Gutes Licht - blendet nicht!

Nachte Lampen sind ein Grauel für die Augen; darum sollten an allen Arbeitsplätzen ähnliche Leuchten, wie rechts abgebildet, verwendet werden. Das Licht muß auf die Arbeitsfläche gelenkt werden, dann werden die Augen geschont. In die Arbeitsplatz-Leuchte gehört eine 60-Watt-OSRAM-Lampe. Verlangen Sie beim Elektrofachmann Rat und Auskunft und die innenmattierten



OSRAM-D-LAMPEN

zen

er ver-

nt an-

ätzen

erlaubt

wie

auch

ätzen

reich,

liegt.

n er-

a das

Der

Schlaf

tzen.

e ein

sten.

ten

im

sser

schlaf

raße 19.

auf

titet

1938

h leistungsfähiges

der Branche bietet

treter

ommen bei regel-

h von Behörden

brauchern. Viel-

Violation, anerkannte

Branchenkenntnisse

kurze schriftl.

Hohe Provision

ergründung. Herren

zuzug, doch nicht

Angebote unter

Zeitung.

in gut bürger-

für 2 junge

in

malzimmer

mer u. voller

an Pottmeyer,

am Rathaus.

s, kinderliebes,

denes

mädchen

ob. 1. 12. gesucht.

Hochst,

straße 11.

zeigen

tags.

taggebühr

Wer erteilt

gründlichen

Unterricht

in Deutsch und

Mathematik?

Schriftl. Ange-

bote mit Preis-

angabe unt. Nr.

A. 6281 an das

Volksblatt erb.

D.M. Mühe

gefunden.

Dingener

Straße 37.

Großer, weißer

Ketten-

hund

zugelassen.

Hortmann,

Vordinghol-

Spolter.

Reklame

bringt

Gewinn!

